

Die "Vorzeit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Abends um einmal. Der Tagespreis beträgt bei freier Zustellung aus Haus für Groß-Berlin 10 Pf. im voraus zahlbar. Die Postgebühren nehmen sämtliche Postanstalten des Reiches mit in Rechnung. Unter Umständen können für Deutschland, Österreich, Ungarn, Serbien, das Baltikum u. Memelgebiet sowie für den deutschen Ostteil Polens u. Litauens 20 Pf., für das übrige Ausland 27 Pf., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 10 Pf. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 4-6.

Die achtseitigen Sonntagsblätter oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Zustellung. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Zustellung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in West-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15238

# GAZETTE

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Lebensmittel-Ausfuhr nach dem Auslande!

Sobald auf dem ausländischen Markt höhere Preise gezahlt werden als im Inlande, entsteht das Bestreben der deutschen Produzenten, ihre Waren nach dem Auslande zu verkaufen. Ob diese Waren für die inländische Bevölkerung unentbehrlich sind, spielt für sie dabei keine Rolle. Sie lassen sich stets nur von den Ausfuhrern auf die Erzielung des höchsten Gewinnes leiten. Dasselbe ist der Fall, wenn den Produzenten die Preise im Inlande zu niedrig sind, und wenn sie glauben, durch eine künstliche Verringerung des Abgebots, die ihnen durch die Ausfuhr ermöglicht wird, auch im Inlande die Preise steigern zu können.

Bisher hat die deutsche Regierung solche Absichten verhindert und im allgemeinen die Ausfuhr von Nahrungsmitteln nach dem Auslande verboten. Jetzt scheint sie auch hierin genau wie bei ihrer sonstigen Ernährungspolitik, dem ungeheuren Drängen der Produzenten nach höheren Preisen nachzugeben, trotzdem die Ausfuhr von Lebensmitteln nur möglich ist unter schwerer Schädigung der einheimischen Bevölkerung.

Wie aus Mitteilungen des Reichsverbandes Deutscher Feinlofkäufleute an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages hervorgeht, hat am 12. Juli d. J. der Reichsernährungsminister die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Welche — durchaus voraussehenden — Folgen diese Maßnahme haben würde, geht aus einem Rundschreiben hervor, das die Württembergische Fischereigenossenschaft am 1. August an ihre Kunden versandte. In diesem Rundschreiben heißt es:

Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Ausland wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenseefische nach dem Ausland zu verhindern, unseren Fischern dieselben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fischer erhalten. Daher die wesentliche Preisserhöhung für Bodenseefische.

Wie, um es milde auszudrücken, leichtfertig das Ernährungsministerium die Ausfuhr von Süßwasserfischen ins Ausland gestattet hat, geht aus der Mitteilung des Reichsverbandes der Feinlofkäufleute hervor, daß im Ernährungsministerium als Grund dafür angegeben worden sei, es bestände ein Ueberangebot in Süßwasserfischen, und man befürchte, daß jetzt im Hochsommer die Fischer verrotten würden.

Daß das nur der alibellante und von den Interessenten stets angegebene Vorwand für die Erzielung höherer Preise ist, beweist die Tatsache, daß nach den Angaben des erwähnten Verbandes in Fischreisen übereinstimmend die Anschauung herrscht, daß von einem Ueberangebot in Süßwasserfischen keine Rede

sein kann. Im Gegenteil, die Nachfrage nach Fluß- und Seefischen sei nach wie vor außerordentlich stark. Wenn trotzdem der Absatz zu wünschen übrig lasse, so liege das nur an dem enorm hohen Preisen für Süßwasserfische, die nur ein geringer Teil der Bevölkerung zu bezahlen imstande ist. — So hat z. B. der Inhaber des größten Feinkostgeschäftes in Essen (Ruhr), der gleichzeitig ein bekannter Fachmann des Fischhandels ist, auf die Anfrage hin folgendes mitgeteilt:

„Es ist für mich als Fachmann vollständig unverständlich, wie der Reichsernährungsminister zu einer derartigen Verordnung kommt, und vor allen Dingen wäre es interessant, zu wissen, welche Vertreter des Fischhandels diese Verordnung für zeitgemäß befunden haben. Wir im Westen kennen den Artikel Süßwasserfisch nur noch aus Bilderbüchern, und man muß sich geradezu vor den Kopf schlagen, wenn man bedenkt, daß durch eine solche Maßnahme vielleicht auf unabsehbare Zeit der Artikel Süßwasserfische vollständig verschwinden soll. Der Erfolg wird lediglich der sein, daß in den Grenzgebieten die Teichbesitzer und nicht zuletzt die Flußflüßpächter ihre Erträge in das Ausland führen, wo infolge der günstigen Währung ihnen ein hoher Preis in den Schoß fällt.“

Wir können Ihrer Vermutung vollkommen bei, daß der wahre Grund dieser Ausfuhr von Süßwasserfischen nur der ist, daß eine Senkung der Preise im Inlande vermieden wird und daß auf der anderen Seite lieber dem Auslande das wenige an Süßwasserfischen zugeführt wird, als durch eine Ermäßigung der Preise den deutschen Verbrauchern den Genuß von Süßwasserfischen möglich zu machen.“

Aus dem anfangs wiedergegebenen Rundschreiben der Württembergischen Fischereigenossenschaft geht klar hervor, daß die durchaus auf der Hand liegenden Befürchtungen, die Freigabe der Ausfuhr würde zu einer starken Preissteigerung und für gewisse fruchtbar gelegene Bezirke sogar zum gänzlichen Verschwinden der Flußfische vom Markt führen, leider nur zu begründet waren.

Die Handlungsweise des Ernährungsministeriums ist deshalb nur ein neuer Beweis für sein Bestreben, jeden Wunsch der Interessenten zu erfüllen, auch wenn er mit schweren Schäden der Volkswirtschaft und der Verbraucher verknüpft ist. Es muß deshalb mit aller Entschiedenheit nicht nur verlangt werden, daß diese Ausfuhrerlaubnis zurückgezogen, sondern auch, daß Vorbehalte getroffen werden, daß Ausfuhrerlaubnis für andere Lebensmittel nicht erteilt wird.

## Diktatur statt Selbstverwaltung

Die durch die Verfassung garantierte Selbstverwaltung der Gemeinden steht in Preußen nur auf dem Papier. Die Einwohnergemeinde Groß-Berlin hat das in ihrer einjährigen Wirksamkeit in unzähligen Fällen erleben müssen. Seitdem eine sozialistische Mehrheit den Versuch unternommen hat, alte Vorrechte zu beseitigen, neue Gedanken zu verwirklichen, das Millionengebilde finanziell leistungsfähig zu machen, ist bei jeder einzelnen Maßnahme das Damoklesschwert der staatlichen Aufsichtsbehörden niedergefallen. Von der Nichtbestätigung der zu Stadträten gewählten Vertrauensmänner der Mehrheit angefangen, bis zur Verlegung der Genehmigung für die Steuerordnungen der verschiedensten Art, reicht eine Kette von Willkürakten der Obrigkeit, die das stärkste Hemmnis für den Gesundungsprozeß der Einheitsgemeinde gewesen ist.

An keinem Fall aber ist diese Verletzung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinde, dieser schändliche Bruch eines verfassungsmäßig zugesicherten Rechtes so kraß in die Erscheinung getreten, wie jetzt bei der Hausangelegenheitensteuer. Die Stadtverordnetenversammlung hatte sie vor vielen Monaten beschlossen. Jetzt ist sie durch den Eingriff der preussischen Ministerien gegenwärtig unmöglich geworden. Daher hat sich vor wenigen Tagen der Steueraussschuß der Stadtverordnetenversammlung unter dem Druck der von den Ministerien verlangten Abänderungen der Steuerordnung veranlaßt gesehen, auf sie überhaupt Verzicht zu leisten.

Um diesen Beschluß zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die preussische Regierung sich bei dieser Steuerordnung nicht damit begnügt hat, einzelne Abänderungen zu verlangen, sondern sie hat der Stadt einen vollständig neuen Entwurf vorgelegt mit der Forderung, ihn in dieser Form anzunehmen. So sieht die Selbstverwaltung der Gemeinden aus! Ist es an und für sich schon ein Zustand, der bei den jetzigen verfassungsrechtlichen Zuständen unerträglich ist, daß eine aus den alten Herrschaftsverhältnissen hervorgegangene Bureaucratie den Willen einer von der Bevölkerung gewählten Körperschaft durch einen einfachen Federstrich beiseite schieben kann, so wird es vollends unerträglich, wenn sie sie zwingen will, den Willen der Bureaucratie auszuführen, obwohl er dem Willen des Selbstverwaltungskörpers schroff entgegengesetzt ist.

Das aber ist hier der Fall. Die Stadtverordnetenversammlung verfolgte mit der Steuer auf das Halten von Hausangestellten den Zweck, den Luxus, der unter den heutigen Umständen das Halten von einem oder mehreren Hausangestellten bedeutet, zu den ungeheuren Lasten heranzuziehen, die die Neuordnung der städtischen Finanzen verursachen. Sie verhehlte sich durchaus nicht, daß es Fälle gibt, in denen das Halten eines ersten Hausangestellten ein unabweisbares Bedürfnis und keinen Luxus darstellt. Für solche Fälle sah deshalb die Steuerordnung, wie sie von der Stadtverordnetenversammlung gestaltet war, Steuerbefreiung vor. Sie mußte sich natürlich dabei auf die dringlichsten Fälle beschränken, weil sonst die Veranlagung der Steuer so kompliziert und kostspielig geworden wäre, daß die Steuer ein nennenswertes finanzielles Ergebnis nicht gehabt hätte.

Was hat aus diesen Absichten die Regierung gemacht? Der von ihr vorgelegte Entwurf enthielt zu den bisherigen Befreiungsgründen sieben neue Gründe. Steuerfrei soll das Beschäftigen des ersten Hausangestellten nach dem Entwurf der Regierung vor allem sein:

1. Wenn der Hausangestellte mit dem Haushaltungsvorstand oder dessen Ehefrau in gerade Linie verwandt oder verwandtschaftlich ist, oder in der gleichen Linie im zweiten oder dritten Grade verwandt oder in zweitem Grade verschwägert ist.
2. Wenn als Hausangestellter Hausvater tätig sind, die zur Vertiefung ihrer hauswirtschaftlichen Kenntnisse oder zur Förderung der Selbsthilfe des Mittelstandes in die häusliche Gemeinschaft eines Haushaltes mit sogenanntem Familienanschluß aufgenommen werden.
3. Wenn der Hausangestellte nicht älter als 17 Jahre und nicht jünger als 50 Jahre ist.
4. Wenn der Hausangestellte sich mehr als 10 Jahre in seiner jetzigen Stellung befindet.
5. Wenn ein Haushalt, in dem sich keine weibliche Person über 18 Jahren befindet, aus mehr als 3 Personen besteht.
6. Wenn sich im Haushalt mindestens 3 Kinder unter 14 Jahren befinden.
7. Die Beschäftigung von Angestellten in gemeinnützigen Anstalten oder Einrichtungen unterliegt nicht der Steuer, desgleichen die Beschäftigung solcher Angestellter, die von Inhabern von Dienstwohnungen für die Instandsetzung der über das eigentliche Wohnbedürfnis hinausgehenden Räume benötigt werden, oder die zur Erfüllung von beruflichen mit Dienstaufwand verbundenen Aufgaben von Reich, Land, Gemeinde oder einem anderen öffentlichen Verband abgeordneten Repräsentationspflichten beschäftigt werden.

Jeder, der diese Befreiungsgründe liest, insbesondere Punkt 1 und 2, wird sich ganz unwillkürlich die Frage vor-

## Briand gegen Lloyd George

Der Standpunkt der französischen Regierung

Paris, 17. August.

Ministerpräsident Briand erklärte heute Abend Pressevertretern gegenüber, er fühle keine Reue, die Streitigkeiten über den Obersten Rat noch fortzusetzen, sie hätten ohnehin lange genug gedauert. Allerdings sei der ganze Streitfall dem Völkerbund zur Erteilung eines Gutachtens unterbreitet worden, und dieser Rat bestehe aus den Vertretern von acht Ländern, die alle Bürgschaften für volle Unabhängigkeit gewährten. Diese Männer würden in ihrem Gewissen und in ihrem Gerechtigkeitsgefühl die Grundlage für eine Ansicht finden, die dem Wortlaut und dem Geiste des Friedensvertrages entsprechen könne.

Zu der Rede Lloyd Georges bemerkte Briand, die Rede gleiche ganz genau derjenigen, die Lloyd George im Obersten Rat gehalten habe. Er verteidigte die nämliche Auffassung mit der gleichen Begründung, aber er, Briand, bleibe dabei, daß diese in keiner Weise der französischen Auffassung Abbruch tun könne. Es sei ein großer Irrtum von Lloyd George, Frankreichs Haltung sei einzig und allein der Sorge um Frankreichs Sicherheit zuwidern. Er sei so gut wie Lloyd George ein eifriger Anhänger des Gedanken der Gerechtigkeit und der Durchföhrung des Friedensvertrages. Eine Meinungsverschiedenheit bestehe nur in der Art und Weise, wie Artikel 88 aufgefaßt werde, und vor allem in dem Geiste, in dem die Volksabstimmung entschieden worden sei. Das Gutachten des Völkerbundes wird, so sagte Briand, unsere Meinungsverschiedenheit in dieser Frage beilegen.

## Um die Teilbarkeit Oberschlesiens

Im Obersten Rat waren wir immer nur in zwei Punkten völlig einig. Unsere Sachverständigen und vor allem die juristischen Sachverständigen hatten einstimmig folgende Schlufafassung angenommen: 1. Der Friedensvertrag steht grundsätzlich und tatsächlich eine Teilung Oberschlesiens vor. 2. Für diese Teilung, die nach der Abstimmung der Bevölkerung erfolgen soll, werden die ethnographischen Interessen entscheidend sein.

Die englische Abordnung hat sich dieser Auffassung nicht angeschlossen können und wollen. Sie hielt sich vielmehr eng an die Forderung, wo sich starke deutsche Enklaven befinden, die nur einem Abchnitt in der Entwicklung der Industriegebiete entsprechen. Daraufhin mußten dann die Sachverständigen gerufen werden, um die Grenze eines möglichst unabhängigen Industriebezirks festzusetzen und uns die Unterlagen zu unterbreiten, die uns die Möglichkeit geben sollten, uns ein Urteil darüber zu bilden, ob dieses Gebiet teilbar sei oder nicht. Die Engländer sagten, es sei nicht teilbar, und wir sagten, es sei teilbar. Es genügt, sich auf die Arbeiten der zuständigen Persön-

lichkeiten zu berufen, um festzustellen, daß wir es sind, die Recht haben.

## Das sogenannte Industriedreieck

Auch über die Bestandteile, die dazu bestimmt sein sollten, das sogenannte Industriedreieck zu bilden, bestand eine Meinungsverschiedenheit. Unsere Sachverständigen vertraten den Standpunkt der wirtschaftlichen Einheit des Bezirkes. So beziehen die Werke in Königsbrunn ihre Kohlen und ihren Koks aus Ragnit, wo sie ihre eigenen Gruben besitzen, und die Fabriken in Ragnit erhalten ihr Gußeisen aus Königsbrunn, da sie selbst die Weiterverarbeitung betreiben. Unsere Sachverständigen vertraten daher den Standpunkt, daß die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Einheit es nicht erlauben, aus dem Industriedreieck die Gruben und Werke von Ragnit auszuschließen. Aber die englischen Kollegen lehnten es ab, sich dieser Auffassung anzuschließen. Das Ergebnis war, daß eine Masse polnischer Stimmen für die Vertagung der Mehrheit hinsichtlich der Zuteilung des Gebietes aus der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ausfiel.

## Die Hauptgründe der Meinungsverschiedenheit

Die gleiche Unmöglichkeit einer Verständigung bestand in der Frage der Zuteilung der unbedingt polnischen Gebiete, welche das Wasser für die Industriegebiete liefern, sowie über die Zusammengehörigkeit der Zinkgruben sowie der Zinkfabriken, von den Eisenbahnen will ich dabei gar nicht reden. Darin liegen die Hauptgründe für unsere Meinungsverschiedenheit. Ich durfte nicht zugeben, daß der Geist, in dem der Friedensvertrag niedergeschrieben worden ist, dahin führt, Deutschland, das von den Verbündeten feierlich als verantwortlich für den Krieg erklärt worden ist, eine ungetrübte Mehrheit polnischer Stimmen zuzuteilen, während Polen nur eine kleine deutsche Minderheit erhalten soll, und alles nur aus dem Grunde, weil Deutschland schon seit 50 Jahren, gleich nach dem Kriege 1870/71, mit den Milliarden, die es von Frankreich erpreßt hat, keine Industriegebiete aufgebaut hat, die in völkischer Hinsicht durchaus polnisch sind.

## Die Aufgabe des Völkerbundes

Das ist die Meinungsverschiedenheit, die vor dem Völkerbunde gebracht worden ist. Er ist es, der nun in Gemäßheit des Völkerbundespaktes berufen ist, in vollständiger Unabhängigkeit dem Obersten Rats sein Gutachten mitzuteilen, das ihm die Möglichkeit gibt, die endgültige Entscheidung zu treffen, zu der er durch den Artikel 88 berufen ist. Von heute ab ist Schweigen unsere erste Pflicht, und ich werde diese Pflicht nicht vernachlässigen.

(Siehe auch Seite 2.)



legen, ob nicht mit diesen Gründen gerade diejenigen, bei denen das Halten von Hausangestellten einen Luxus darstellt, eine leichte Möglichkeit erhalten, sich der Besteuerung zu entziehen. Und das ist in der Tat der Fall. Daneben aber wird, wie ebenfalls ohne weiteres ersichtlich ist, durch diese Befreiungsgründe das Veranlagungsgeschäft ungeheuer kompliziert werden. Fast jeder Steuerzahler wird Einspruch gegen seine Veranlagung erheben; unzählige Kräfte werden mit der Kontrolle beschäftigt werden müssen; der finanzielle Ertrag der Steuer wird außerordentlich unbedeutend.

Man würde die preussische Regierung zu niedrig einschätzen, würde man annehmen, daß ihr diese Wirkungen ihres Entwurfes nicht ganz genau bekannt wären. Der Zweck ihres Entwurfes ist ja auch ein ganz anderer. Nicht ehrlich genug, offen zu sagen, was sie will, sucht die Regierung auf Umwegen ihr Ziel zu erreichen. Und dieses Ziel ist die Verhinderung der Steuer überhaupt, ist der Schutz der Besitzenden vor dem notwendigen Zugriff der Gemeindebehörden, die ihre wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Aufgaben erfüllen will. Deshalb alle die vielen Befreiungen, die die Gemeinde zwingen sollen, freiwillig auf diese Steuer, die ihr nichts mehr einbringen würde, zu verzichten.

Man beachte aber ferner den Punkt 7. der Befreiungsgründe. Er läßt erkennen, daß hier unter dem Deckmantel des Schutzes der Interessen der Besitzenden zugleich ein besonderer Schutzwahl ausgerichtet werden soll für diejenigen hohen Beamten, die sich im Besitz von Dienstwohnungen oder Dienstaufwandsentschädigungen befinden. Wir möchten einmal die reaktionäre Presse sehen, wenn irgendeine aus den sozialistischen Parteien hervorgegangene Persönlichkeit auf diesem Wege des amtlichen Mißbrauchs behördlicher Befugnisse die Sorge um den eigenen Geldbeutel in den Vordergrund schieben würde.

Die preussische Regierung sieht sich als der Sachverwalter der feuersicheren Besitzenden. Man denke: die Steuer sollte nach den Vorschlägen der Stadtverordnetenversammlung 100 M. jährlich betragen, das sind noch nicht 30 Pf. pro Tag. Eine so geringfügige Summe, daß sie eigentlich für denjenigen, der einen Hausangestellten beschäftigen kann, überhaupt nicht in Frage kommt. Das Halten eines Hausangestellten verursacht in Groß-Berlin gegenwärtig Kosten in Höhe von mindestens 6000 M. jährlich. Ist es nicht unter diesen Umständen geradezu eine Brückierung der breiten Volksschichten, wenn ihnen zugemutet wird, der Herabsetzung dieser Steuer von 100 M. auf 60 M. ihre Zustimmung zu geben? Haben doch die Massen allein durch die letzte Erhöhung der Gaspreise eine wesentlich größere Belastung auf sich nehmen müssen, als sie hier leistungsfähigen Kreisen zugemutet wird. Der Ertrag der Hausangestelltensteuer wurde auf 16,5 Millionen Mark geschätzt. Durch die Schuld der preussischen Regierung entgeht jetzt dieser Betrag dem Staatsfiskus, werden die Möglichkeiten weiter vermindert, für soziale Zwecke, für Kinder- und Säuglingspflege, für die der Ertrag in erster Linie bestimmt war, Mittel aufzuwenden.

Es ist nicht wahr, daß die Erwerbslosigkeit der Hausangestellten durch diese Steuer vergrößert würde. In dem Berufe der Hausangestellten überwiegt die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot, Arbeitslose sind nicht vorhanden. Wer wird bei mindestens 6000 M. Ausgaben, die täglich weiter steigen, eine Steuer von 100 M. jährlich zum Anlaß nehmen, einen Hausangestellten zu entlassen? Die berufene Organisation der Hausangestellten hat sich deshalb mit dieser Steuer auch durchaus einverstanden erklärt, ja, sie sogar gewünscht. Es ist also bürgerliche Heuchelei, wenn die Rücksicht auf die Hausangestellten für die Ablehnung der Steuer geltend gemacht wird.

Der Vorgang hat aber auch noch eine tiefere Bedeutung. Er zeigt die gewaltige Abhängigkeit der Gemeinde von der Staatsgewalt. Er deckt auf, welche unüberwindlichen Hindernisse die reaktionäre preussische Regierung, unterstützt von den reaktionären Parteien der Stadtverordnetenversammlung, dem sozialistischen Ma-

gistrat und der sozialistischen Stadtverordnetenversammlung bereitet haben. Die sozialistische Mehrheit wollte die Gesundung der Finanzen. Sie suchte auch die Besitzenden für die von ihnen verschuldeten Folgen ihrer Kriegsmilchwirtschaft heranzuziehen. Stets stieß sie dabei auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien, der von der preussischen Regierung unterstützt wurde und deshalb erfolgreich war. Die Steuer für den Wertzuwachs, um nur wenige Beispiele herauszugreifen, mußte auf ihren Wunsch gemildert werden; die Wohnungsluxussteuer wurde überhaupt nicht genehmigt.

Bei den Stadtverordnetenwahlen im Oktober hat die Bevölkerung Gelegenheit, gegen diese Diktatur für die Selbstverwaltung einzutreten.

### Drohungen aus München

München, 16. August. (W. T. B.)

Zu der Meldung, daß das Reichernährungsministerium auf das Ersuchen der bayerischen Regierung um Anwendung der im § 42 der Reichsgetreideordnung dem Reichernährungsminister eingeräumten Befugnisse, einen ablehnenden Bescheid erteilt habe, wird von amtlicher Seite darüber erklärt: Es ist richtig, daß eine Antwort der Reichsregierung in diesem Sinne ergangen ist. Die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen, da auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom 15. August der Vertreter des bayerischen Landwirtschaftsministeriums mit den zuständigen Reichsstellen in Berlin aufs neue verhandelt. Erst von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob die Reichsregierung ihre bisherige Stellungnahme ändert, oder ob die bayerische Regierung genötigt ist, von sich aus Maßnahmen zu treffen.

Als solche Maßnahmen plant die bayerische Regierung die Konzessionierung des Getreidehandels und die Kontrolle des Verkehrs mit Getreide durch amtliche Frachtbriefe. Es ist außerordentlich interessant, daß hier ganz reaktionäre Kreise wieder zu den Mitteln der Zwangswirtschaft zurückgreifen, die sie vorher eifrig bekämpft haben. Es wird jedoch Aufgabe der Reichsregierung sein, zu verhindern, daß die bayerische Regierung ungeschickte Maßnahmen trifft. Da die bayerische Regierung das aber in anderen Fällen tun konnte (siehe das erneute Verbot unseres Münchener Parteiblattes), ohne daß die Reichsregierung mächtig genug war, ihr zu begegnen, wird man auch in diesem Fall gut tun, pessimistisch zu sein.

### Das Geschäft über alles

Deutschnationale Schiebermethoden

Wie jetzt bekannt ward, handelt es sich bei dem von uns gemeldeten Verkauf des deutschen Dampfers „Tirpitz“ an eine kanadische Linie nicht um den erst kürzlich erbauten Sinnesdampfer, sondern um den ehemals der Hapag gehörigen Schnelldampfer „Tirpitz“, der an die Entente abgeliefert werden mußte. Angenommen, es hätte sich wirklich um den Sinnesdampfer gehandelt, so wäre das nichts mehr und nichts weniger als ein glatter Betrug am deutschen Volkswesen. Die „Kreuz-Zeitung“, die von dieser Annahme ausgeht, findet es unster gestrigen Notz gegenüber vollkommen in der Ordnung, wenn Sinnes mit dem Verkauf des Dampfers ein gutes Geschäft machte. Wenn die „Kreuz-Zeitung“ den Verkauf eines Dampfers an das Ausland billigt, der mit Hilfe von Reichsmitteln, die dem Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte dienen sollten, gebaut wurde, so beweist sie damit, daß ihr im Ernstfall das Geschäft über den Patriotismus geht. Man kann daran die Bedeutung des Wehgeflüges erkennen, das das feudale Blatt täglich über die Schieberrepublik erhebt.

### Eine Rundgebung des A. D. G. B.

Kurz vor Redaktionsschluss geht uns eine längere Rundgebung des Bundes-Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur letzten Teuerung zu. Wir werden diese Rundgebung in der nächsten Morgenauflage veröffentlichen.

### Die falschen Indeziffern

In der Handelszeitung des „Berliner Tageblatt“ vom 13. August (Abendausgabe) behandelt Dr. Arthur Heichen unter der Überschrift Steuern, Teuerung und Lohn, die Notwendigkeit, die Reichs-Indeziffer gemäß den tatsächlichen Teuerungsverhältnissen abzuändern. Er erkennt, was ja immerhin beachtenswert ist, an, daß die außerordentliche Verteuerung aller Lebensbedürfnisse in den amtlichen Statistiken durchaus nicht zum Ausdruck kommt. So heißt es in dem Artikel u. a.:

„Das sich die deutsche Ziffer auf einem Niveau bewegt, das viel zu tief gegenüber der wirklichen Teuerung ist, erklärt sich auch aus anderen Umständen. Die Teuerungszahlen umfassen nur die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Wohnung und Beleuchtung. Dagegen fehlen die Ausgaben für Bekleidung, Kulturbedürfnisse usw. Dieser Umstand wäre für die relative Bewegung der Ziffer — nicht für die absolute Höhe der Kosten — nicht so bedeutungsvoll, wenn nicht durch diese einseitige Konstruktion der Schwerpunkt der Ziffer ungebührlich nach unten verschoben würde. Während die Wohnungsmiete, die bekanntlich nur sehr wenig gestiegen ist, enthalten ist, fehlt das Gegengewicht, die Bekleidung (Textilien), deren Kosten über den allgemeinen durchschnittlichen Teuerungsgrad hinaus gestiegen sind und in der unferen schlechte Qualität zum vollen Ausdruck kommt. Auf diese Weise kann die amtliche Lebenskostenziffer selbstverständlicherweise kein zutreffendes Bild von der Entwicklung der Teuerung geben.“

Aus diesem Grunde muß gefordert werden, daß das Reichsstatistische Amt den Aufbau einer Indeziffer in Angriff nimmt, die das Kalorienprinzip aufgibt und die ein zutreffendes Bild von der Entwicklung der Lebenskosten unter Berücksichtigung der jetzt noch fehlenden Kategorien für Kleidung usw. bietet. Dabei muß nach englischem Vorbild von einem normalen Haushalt der Friedenszeit ausgegangen werden, der die inzwischen eingetretene Verarmung des deutschen Volkes unberücksichtigt läßt. Nur mit einer solchen Ziffer kann man dem Ausland gegenüberzutreten, kann man Unterlagen zur Beurteilung von Deutschlands Leistungsfähigkeit bieten.“

Sehr bedenklich ist aber der Schlußsatz des Artikels:

„Die Teuerungszahlen, so wie sie bisher errechnet wurden, können dabei auch weiterhin nebeneinanderlaufen und können nach wie vor für innerpolitische Zwecke, für Lohn-, Preis-, Belohnungs- und Unterstützungsfragen, dienen.“

Diese Meinung ist durchaus unrichtig. Die Teuerungszahlen, soweit sie bisher berechnet wurden, für innerpolitische Zwecke zu verwenden, würde eine — ob beabsichtigt oder unbeabsichtigt, ist gleichgültig — Täuschung der Öffentlichkeit bedeuten. Denn die Teuerungszahlen sind nicht nur absolut, sondern auch relativ falsch, und es ist gar keine Gewähr gegeben, daß das Verhältnis der Teuerungszahlen in den einzelnen Monaten der wirklichen Teuerung entspricht. Im Gegenteil, die jetzige Entwicklung der Preise, die über kurz oder lang sich in einem starken Anziehen auch der Preise für Textilwaren äußern muß, macht die amtliche Statistik immer falscher und wertloser.

**„Immer noch „Austania“.** Der amerikanische Senat nahm gestern eine Resolution des Senators Pomerene an, worin das Staatsdepartement aufgefordert wird, genaue Mitteilungen über die Verluste bei der Vertreibung der „Austania“ zu machen, namentlich anzugeben, wieviel Menschenleben vernichtet und welche Erlasanprüche gestellt wurden. Die gesamte Korrespondenz der deutschen Regierung bezüglich der Verfolgung dieser Erlasanprüche soll dem Senat übermittelt werden.

**Gefürte Geburtstagsfeier für Erzherzog Karl.** Am Mittwoch fand in Graz eine von 300 Monarchisten besuchte Versammlung anlässlich des Geburtstages des Erzherzogs Karl statt. Die Sozialisten und die Kommunisten drangen in die Versammlung ein. Es kam zu einem Kampf, wobei ein Arbeiter durch einen Bajonettschlag verletzt wurde. Es fielen auch einige Schüsse, die niemanden verletzten. Der Monarchistenführer Rittermeister Riedl wurde verhaftet.

**Griechischer Vormarsch in Kleinasien.** Nach den amtlichen Berichten über die Lage an der kleinasiatischen Front vom 14. August haben die griechischen Truppen ihren Vormarsch wieder aufgenommen und zunächst nach unbedeutendem Widerstande vorgeschobene Posten des Feindes in einer Linie ungefähr 70 Kilometer östlich von Eskisähriz genommen. Der Vormarsch wurde dann weiter fortgesetzt und dabei Sivri Hisar genommen.

### Wo hört die deutsche Kunst auf? und wo fängt sie an??

Von Adolf Behne

Vor etwa 15 Jahren trat innerhalb der recht gleichgültig gewordenen Sezessionen eine jüngere Malergeneration auf, die sich zu einer Gruppe „Die Brücke“ zusammengeschlossen hatte und deren Hauptort zunächst Dresden war. Zu ihr gehörten Erich Heckel, Karl Schmidt-Rottluff, E. L. Kirchner, Otto Müller und Max Pechstein. Die Sezessionshauptlinge waren nicht lange tolerant. Sehr bald entschlossen sie sich, die Jugend abzuweisen, und das Publikum gab ihnen durchaus Recht. In Berlin schloß sich der Kreis der Vorführer zu einer „Neuen Sezession“ zusammen, die aber in wechselnden Lokalen nur eine kleine Wahl von Ausstellungen zustande brachte. In der ersten Ausstellung empörte namentlich ein Pechstein'scher Akt das Publikum außergewöhnlich heftig; er wurde mehrfach bespuckt.

Das war vor zehn Jahren. Heute ist die „Brücke“ die große Mode. Wer nicht einen Heckel oder Kirchner hat, ist einfach kein Kulturmensch. Von Pechstein muß man sogar mindestens zwei Bilder haben. Es ist wie eine ständehaltende Verabredung, daß die deutsche Kunst der Gegenwart Heckel, Kirchner, Pechstein heiße. — Otto Müller und Schmidt-Rottluff, da sie weniger ihre bestimmte Marke malen, treten gegen Heckel, Kirchner, Pechstein billig zurück.

Wer ist im Kronprinzenpalais am reichsten vertreten? Heckel, Kirchner, Pechstein. Wer stellt in jedem besseren Stadtmuseum die neue deutsche Kunst dar? Heckel, Kirchner, Pechstein (obligatorisch werden jetzt neben ihnen Rauen, Rohls und Feiniger). Wer hat die beste, netteste Presse? Heckel, Kirchner, Pechstein. Wer dominiert in beinahe jeder Ausstellung? Heckel, Kirchner, Pechstein.

In den Räumen der Orangerie des Sanssouci-Parkes hat die Stadt Potsdam eine — übrigens sehr geschmackvoll durchgeführte und innerhalb ihrer Grenzen recht gut gewählte — Kunstausstellung aufgemacht. Die Bildertafel beginnt bei Krüger und Pflüger, bringt als Clou das zum erstenmal öffentlich gezeigte Hauptwerk Mengzels „Friedrich und die Seinen bei Hochkirch“ und geht bis in die Gegenwart — d. h. bis Heckel, Kirchner, Pechstein. (Die wertvollsten Bilder der Ausstellung sind ein Marc und ein Koldo. Unter den Bildern des „Brücke“-Kreises ist Otto Müllers „Polnische Familie“ weit aus das Interessanteste.)

Die Galerie Gurlitt zeigt in einer Uebersicht ihr künstlerisches Programm. Es reicht vom Biedermeier bis zur Gegenwart, d. h. bis Heckel, Kirchner, Pechstein.

Ein neuer Kunsjalon Goldschmidt-Wallerstein hat sich am Schöneberger Ufer 26a aufgemacht. Zur Eröffnung zeigt er Heckel, Kirchner, Pechstein.

Und so weiter und so weiter . . . Gegen diese Heiligpreisung einiger willkürlich herausgegriffener Maler ist es Zeit, Widerspruch zu erheben . . . nicht aus persönlichen Gründen, sondern aus sachlichen Gründen. Soll nun wirklich abermals eine Mauer aufgeführt werden: „bis hierher geht die neue deutsche Kunst und was jenseits steht, ist unreifes Zeug“, so daß also die Kunst, gegen die vor 15 Jahren die Heckel, Kirchner, Pechstein antraten, nur genau um so weit nachgegeben hätte, um eben noch die „Brücke“-Leute in sich aufzunehmen? Wollen wir denn nicht lieber diese Mauer ein für allemal niederreißen? Ich weiß wohl, was die Skeptiker sagen: daß die abermals Jüngeren es zu ihrer Zeit nicht anders machen werden. Aber das trifft nicht den Kern der Sache! Natürlich lassen sich die Generations-Spannungen nicht aus der Welt schaffen . . . und wozu auch? Sie sind so alt, wie die Kunst selbst. (Ein Beispiel aus dem 15. Jahrhundert: Der allgewordene Lucas Moser schrieb 1431 auf seinem Tiefenbronner Altar den bitteren Stoßsätz: „Schrif, Kunst, Schrif und klug dich ser, dein begert jeht niemer mer.“ Es war seit seinem Ruhme eine jüngere Generation gekommen, und der alte Moser urteilte offenbar über deren Leistungen nicht verständnisvoller, als heute der Akademie-Präsident Liebermann über die „Jungen“).

Die Mauer, von der wir hier sprechen, ist nicht vorwiegend Folge künstlerischer Gegensätze, ist nicht so sehr von einer älteren Malergeneration aufgerichtet, als von den Händlern, der Presse und auch den Museumsleitern. Wenn nun gar diese drei mächtigen Faktoren — sicherlich ohne Verabredung — in gleicher Richtung arbeiten, wird die Mauer bald unübersteigbar.

Heckel, Kirchner, Pechstein mögen nun sein wie sie wollen (und von Kirchner gibt es einige wirklich gute Arbeiten): der Schlüsselstein der deutschen Kunst sind sie nicht! Und gerade die letzten Ausstellungen lassen ganz deutlich erkennen, wie sehr weit die Entwicklung bereits über jene hinausgegangen ist.

Die Stoßkraft der „Brücke“ war von vornherein nicht groß. Keineswegs brachte sie eine geistige Ueberwindung des platt gewordenen Naturalismus. Ihre Bilder waren eigentlich nur eine zunächst sehr erfreuliche Auffrischung der Malerei. Sie waren nun zunächst ein unlegbarer Geminn, weil sie gegen die Schablone „Sezession“ standen; persönlicher, empfindungsreicher waren als die banale Konvention Trübner, Hübner, Spiro, Rhein. Aber es war doch nur eine Auffrischung der alten Sache, und eben die individuelle, gefühlsmäßige Haltung, die damals noch ein Gewinn war, ist heute ebenso wie die Sezessions-Schablone Rest des alten Geistes, der fertigen Zeit. Die entscheidende Wendung

zur neuen Kunst — das muß immer wieder betont werden — geschah dort, wo sie sich von der individuellen Haltung zum Kollektivismus kehrte — und von dieser Wendung enthalten die „Brücke“-Bilder nichts.

Wir wollen sie trotzdem nicht verachten. Sie haben zu ihrer Zeit geleistet, was damals zu leisten möglich war, und in eine historische Sammlung der neuen Kunst gehören durchaus einige Arbeiten der „Brücke“ hinein. Aber wir müssen uns gegen die nicht mehr zu ertragende Bittion richten, als repräsentieren die Heckel, Kirchner, Pechstein noch heute das künstlerische Leben. Heute steht das neue, das Heckel malt, außerhalb alles dessen, was uns angeht! Es ist ganz gewiß sympathisch, aber mit Schein, daß Hans Thoma das alles bereits besser und einfacher gemacht hat — und einige der letzten Arbeiten sind so dünn, so hübsch und in einem bestimmten Sinne so „deutsch“, daß es Titelbilder der „Jugend“ sein könnten.

Die Bilder der Heckel, Kirchner, Pechstein sind „modern“, und doch tut ihre Modernität nicht weh. Die Wildheit und Schroffheit der ersten Zeit haben sie abgelegt — und keineswegs sehen wir uns nach dieser malerischen Wildheit zurück. So sind sie denn das rechte Sammelobjekt für vorgefährte Menschen privaten wie offiziellen Charakters — und wir gönnen den Malern ihren Ruhm fürchtbar gern — auch wenn es ein ewiger Ruhm sein sollte. Aber wir müssen bis um sie gezogene Mauer attackieren. Denn das Entscheidende der neuen Kunst steht außerhalb dieser Mauer.

Die privaten Sammler und die Händler können ja tun und lassen, was sie wollen. Sie tragen keine Verantwortung für das Ganze. Aber die Museumsleiter, deren Auswahl natürlich für sehr viele maßgebend ist und die dadurch im guten wie im schlechten einen ganz außerordentlichen Einfluß haben, müssen über die Mauer hinaussehen. Dazu ist freilich Voraussetzung, daß sie der Kunst folgen . . . und nicht dem „Museum“. Die Kunst ist eine Wirklichkeit, das Museum erst eine abgeleitete Sache. Es kommt gar nicht darauf an, daß ein Museum neuer Kunst schön und so würdig wirke, wie der Prado zu Madrid oder das Mauritshuis in Haag, sondern darauf, daß es im Zusammenhange stehe mit der immer wieder neu geleisteten künstlerischen Arbeit.

Dieser Begriff der Arbeit muß an oberster Stelle stehen, dann fallen die willkürlichen Mauern von selbst . . . nicht nur die von Heckel, Kirchner, Pechstein, sondern auch alle künftigen. Sollten die bestehenden Sachverständigenkommissionen ein Geminn sein — sie bestehen gewöhnlich aus älteren Künstlern, Kunsthistorikern und Sammlern, also aus den am allerwenigsten geeigneten Kategorien —, so zieht man doch die Urteile dieser Kommissionen aus ihrem anonymen Dunkel heraus, damit die Öffentlichkeit weiß, welche Geister und Einflüsse über die Bedeutung unserer Sammlungen entscheiden.



# Der Zusammentritt des Völkerbundes

Paris, 17. August.

Wie Havas mitteilt, soll Baron Schi, nachdem in den letzten Tagen ein lebhafter Meinungsaustausch stattgefunden hatte, und hauptsächlich infolge der am 17. August zwischen den Mitgliedern des Völkerbundes in Paris abgehaltenen Besprechungen beschlossen haben, die ursprünglich auf den 1. September festgesetzte Session des Völkerbundes auf einige Tage früher zu verlegen. Der Rat soll in Genf gegen den 25. August zusammentreten. Auf der Tagesordnung wird in erster Linie die Prüfung der oberösterreichischen Frage stehen.

## Berichterstattung in Italien

Rom, 17. August.

Im Ministerrat haben Sonni, della Torretta und Soleri Bericht erstattet über das Ergebnis der Pariser Konferenz, in erster Linie auch über die Finanzfrage. Der Ministerrat hat beschlossen, zwei Bataillone als Verstärkung der italienischen Truppen nach Oberösterreich zu entsenden.

## Die Leipziger Urteile

London, 17. August.

Im Unterhaus sagte der Solicitor-General Pollard, die Urteile des Reichsgerichts in Leipzig müßten nach dem deutschen Standard geprüft werden. Der Gerichtshof habe aufrichtig gewünscht, das beste zur Verfügung stehende Beweismaterial zu erlangen. Der Oberste Rat habe beschlossen, daß französische, belgische, italienische und englische Juristen darüber beraten sollen, ob dem Reichsgericht weitere Fälle zu überweisen seien.

Nach einer ergänzenden Reitermeldung sagte der Solicitor-General noch, er sehe sich gezwungen zu erklären, daß die Art und Weise, wie der Präsident des Reichsgerichts die Prozesse geführt habe, sicherlich den aufrichtigen Wunsch zeige, der Wahrheit auf den Grund zu kommen. Ueber die französischen und belgischen Fälle sei er nicht unterrichtet, aber es würde unfair von ihm sein, nicht zuzugeben, daß nach seinem Eindruck der Leipziger Gerichtshof entschlossen war, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Wie die Urteile auch lauten mochten, die Aufrichtigkeit des Gerichts scheine über jeden Zweifel erhaben.

## Lloyd George und der Klassenkampf

London, 18. August.

In einer Erklärung aus Anlaß der letzten Erziehungssitzung sagt Lloyd George, der politische Horizont des Landes habe sich in den letzten Monaten sehr verändert. Die industrielle Welt Englands sei von einem verhältnismäßig friedlichen Geiste erfüllt, die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hätten sich gebessert. Die Aussichten in der Industrie seien günstiger als seit langer Zeit. Der gesunde Menschenerkenntnis des englischen Volkes werde der Aufrechterhaltung des Streiks, Ausperrungen und Drohungen mit der direkten Aktion überdrüssig. Der englische Arbeiter wolle, das melancholische Beispiel des ruinierten Rußlands vor Augen, aus seiner eigenen Heimat nicht ein neues Rußland machen.

Bzüglich der Abrüstungsfrage erklärte der erste Minister: Wir haben mit größter Freude die Einladung der Vereinigten Staaten angenommen, und ich hoffe, daß das Ergebnis einen Weg zum Frieden weisen wird, der den pazifischen Ozean zu einem wirklichen Friedensozean macht. Solange Nationen gegeneinander klingen, wird es Kriege geben. Ich hoffe aber ernstlich, daß ein Uebereinkommen erzielt werden wird, um alle Rüstungen innerhalb vernünftiger Grenzen zu halten. Lloyd George forderte zum Schluß die Liberalen auf, ihm bei seinen Aufgaben zu helfen und ihm keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Aus den ersten Teil dieser Ausführungen spricht die Befriedigung der Bourgeoisie über den augenblicklichen Stillstand in der revolutionären Entwicklung. Der Kapitalismus muß jetzt wieder den Himmel für sich offen. Aber es ist ein Irrglaube, daß die soziale Entwicklung, die in die soziale Revolution ausmünden muß, bereits an ihrem Endpunkt angelangt sei. Solange nicht die kapitalistische Wirtschafts- und Staatsverfassung durch eine höhere, auf sozialistischen Grundsätzen beruhende Ordnung abgelöst ist, solange es noch die einander gegenüberstehenden Klassen der Besitzenden und der Besitzlosen gibt, kann es keinen wirklichen sozialen Frieden in der Welt geben.

„Kean“ von Edschmid in den Münchener Kammerpielen. Das München wird uns geschrieben: In wenigen Tagen wird man auch in Berlin Edschmid's „Kean“ zu sehen bekommen. Wasserfall soll die Titelrolle spielen. Es sei vorweggenommen, daß der Darmstädter Intendant Hartung, der das Stück auch in Berlin inszenieren wird, eine außerordentliche Leistung vollbracht hat. Es liegt wirklich nur an seiner eminenten Begabung, daß seine Leistung kein Versuch mit untauglichen Mitteln blieb. Das Objekt ist bestimmt untauglich.

Es verlohnt sich nicht der Mühe, eine Inhaltsangabe zu geben, wohl aber zu warnen vor dem Jöbber Edschmid, der sich nicht geschämt hat, neben seiner literarischen Betriebsamkeit den Rat des aufrichtig revolutionären Sozialismus auf sich zu nehmen. Ein wildes Durcheinander von modernsten Seelenstücken, von Leuten, die sich, soweit das Tempo es zuläßt, gegen die feilschen und anderen Läuse abhauen, die einzige Beschäftigung, deren ich Edschmid für fähig halte.

Wie leicht kann nur das Wesen des Stückes diesen sehr scharfen Protest erklären — damit aber hätte ich gerade das Gegenteil meiner Ansicht erreicht. Ich warne vor Edschmid, der, des Filmes unkundig, geglaubt hat, französischen Theaterfiguren seine unfaule — „Seele einschmettern“ zu müssen!

Hans Jacob.

Strahnenmuskanten im Auto. Das Elend der Schauspieler ist in England noch größer als bei uns, und die Zahl der engagierten Bühnenkünstler ist riesengroß. Da sind ein paar Hunderte auf einen glücklichen Einfall gekommen, um sich über die schlechte Zeit hinwegzuhelfen und doch ihren Beruf nicht ganz aufgeben zu müssen. Sie haben sich als Strahnenmuskanten aufgestellt, in einer ganz modernen, „gebobenen“ Form. Man trifft jetzt in den Londoner Straßen hier und da richtige Lastautos, auf denen ein Klavier steht, und dieses zunächst in rasendem Galopp durch die Straßen lawende Gefährt macht plötzlich Halt. Das Klavier wird aufgemacht; eine junge Dame setzt sich daran und bearbeitet die Tastatur aus Leibesträften, und dann tritt ein Herr vor, der eine dramatische Arie singt, oder eine junge Dame, die den neuesten Operettenmelodien vorzuzieht. Das sind engagierte Bühnenkünstler, die sich auf diese Weise ihr Brot verdienen. Wie einer dieser „Strahnenmuskanten im Auto“ in der „Daily Mail“ erzählt, ist es durchaus kein faules Leben, das sie führen. „Wir fahren jeden Tag um 2 Uhr mittags los“, schreibt er, „und geben etwa zehn Zeitschriftenkonzerte, bevor wir um 5 Uhr nach Hause fahren. Dann beginnen wir um 8 Uhr die zweite Tour und tragen nun unser Programm noch etwa fünfmal vor, bevor wir um 10 Uhr abends unser Tagewerk vollendet haben. Deswegen, daß man 25 mal dasselbe Lied, dieselbe Arie singt, das gleiche Couplet vorträgt, dieselben Witze machen muß, und das immerhin für Schauspieler ein Rekord sein. Unsere Erträge sind nicht groß; bei jeder Vorstellung wird durchschnittlich etwa fünf Pfund eingenommen. Wenn man die Kosten für das Auto und die anderen kleinen Ausgaben abzieht, so bleibt für

Mit dem Hinweis auf die Zustände in Rußland hat sich Lloyd George eine billige Genugtuung verschafft. Man mag gegenüber den bolschewistischen Methoden von sozialistischen Standpunkt aus noch so viele Einwendungen machen; das eine aber ist sicher, daß die kapitalistischen Staaten, allem voran England, die Hauptschuld an dem jetzigen wirtschaftlichen Elend in Rußland tragen.

## Erste Spannung in den englisch-irischen Verhandlungen

Die Tagung des Sinnfeiner-Parlaments

London, 18. August.

Das irische Parlament versammelte sich gestern zum zweiten Male in öffentlicher Sitzung, wobei De Valera eine Rede hielt, die durchaus ablehnend lautete. Er erklärte unter anderem: Nach den Ausgängen, die ich heute morgen in der englischen und ausländischen Presse las, scheint es als ob irgendwelche Ungeheuerheiten bezüglich der Haltung der Sinnfeiner gegenüber den englischen Vorschlägen besteht. Darüber darf kein Zweifel herrschen. Wir können und wollen diese Vorschläge im Namen des irischen Volkes nicht annehmen. Man sagt, die englische Regierung habe Irland das Statut der Dominions angeboten, aber in Wahrheit hat sie uns dies nicht angeboten. Der Ausdruck „Statut der Dominions“ enthält eine doppelte Unrichtigkeit. Mit diesem Statut gibt es kein einheitliches Irland, sondern nur Stücke davon. Man kann unser Land wegen seiner geographischen Lage nicht das Statut der Dominions vorschlagen. Australien, Südafrika, Kanada sind fern von Großbritannien. Wir sind die Nachbarn Englands, das muß man berücksichtigen.

De Valera versichert, daß die Irländer mit England in guter Nachbarschaft leben wollen. Wir können aber England in keiner Weise hochschätzen. Das irische Volk hat das englische Joch. Man erklärt, daß die irische Frage ein Problem sei. Das Problem besteht aber darin, daß eine mächtige egoistische Person die Güter, Rechte und Freiheiten seines Nachbarn wegnehmen will. Die Irländer sind entschlossen, bis zur äußersten Grenze ihrer Kraft Widerstand zu leisten. Wenn sie gezwungen werden, nachzugeben, würden sie dies nur nach hartem Kampfe tun.

Bzüglich der Ulsterfrage erklärte De Valera: Wir haben alles getan, um in Beziehungen mit Nordirland einzutreten. Wir haben keinen Haß gegen Ulster und sind bereit, weil die Ulsterleute Irländer sind, Dyer zu bringen, die wir den Engländern niemals erbringen würden. Wir sind geneigt, die Forderungen von Ulster zu erörtern und Zugeständnisse zu machen, um zu einem Einvernehmen zu gelangen. Das irische Volk hat nicht nachgegeben, als man es durch Gewalt seiner Rechte berauben wollte. Jetzt, da die englischen Verstärkungen nach Irland abgeandt werden, wird das irische Volk jedenfalls wieder nicht nachgeben.

Die Rede De Valeras zeigt die ungeheuren Schwierigkeiten, die der Lösung der irischen Frage gegenüberstehen. Sie berechtigt zu stärkstem Pessimismus hinsichtlich der Möglichkeit, die jahrhundertalten erbitterten Kämpfe zwischen England und der grünen Insel zu beendigen. In London glaubt man noch nicht an einen Abbruch der Verhandlungen, sondern nimmt an, daß das Dubliner Parlament alles tun werde, um ein neues Blutvergießen zu vermeiden. Im englischen Unterhaus erklärte der Schatzminister Chamberlain, die Regierung glaube nicht, im Augenblick irgendeine Erklärung über Irland abgeben zu sollen. Die Regierung werde von den Ereignissen geleitet sein, die sich von einem Tage zum andern abspielen. Gegenwärtig wisse man noch nicht, was geschehen werde. Chamberlain hat das Unterhaus, nichts zu tun, was den Frieden kompromittieren könnte, solange noch die geringste Aussicht besteht, ihn zu verwirklichen. Ebenso antwortete Lloyd George einem journalistischen Ausrufer, er glaube, daß es besser sei, wenn er über diesen Gegenstand im Augenblick nichts sage.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen. Die polnische Regierung hat die Einladung des Völkerbundes, zur Wiederaufnahme der polnisch-litauischen Verhandlungen einen Delegierten zu entsenden, angenommen. Die Zusage der litauischen Regierung ist schon vor einiger Zeit eingegangen. Die Konferenz wird am 25. August in Genf stattfinden.

Jeden der vier Teilnehmer ein wöchentliches Gehalt von noch nicht 4 Pfund. Das ist nicht viel. Aber man muß zufrieden sein in diesen Zeiten — wenn nur nicht allzu sehr regnet! Wir haben gar viele Abenteuer schon auf unseren täglichen Fahrten durch die Straßen Londons erlebt und gute Erfahrungen gemacht mit heillosen, gebietenden Müstenthusiasten und böse mit „Kassauern“, die sich zwar unsere Darbietungen sehr aufmerksam anhörten, aber spurlos verschwunden waren, wenn — der Hut herumging.

Caruso und der Milliardär. Die „Neue Züricher Zeitung“ erzählt zum Tode des großen Tenors Caruso eine Episode, wie ihm einmal der amerikanische Milliardär Morgan für einen Abend 5 Millionen Dollars angeboten hat. Caruso hat die Einladung mit der Begründung zurückgewiesen, daß er am selben Abend einen berühmten Komponisten zu Gast habe. Dies spricht allerdings dafür, daß er nicht habgieriger Natur war und Sinn für große Geste hatte, wenn einem auch dabei einfallt, daß 5 Millionen Dollars, für hungernde Kinder verteilt, ein gut Stück Elend hätten lindern können. Wir haben aber die obengedachte Episode aus folgendem Grunde aufgegriffen: Es wird oft behauptet, daß es über ein gewisses Einkommen hinaus ziemlich gleichgültig sei, wie hoch das Vermögen eines Milliardärs ist. Er hat zwar das Recht, sein Geld zu verschwenden, macht aber seinen Gebrauch davon. So gehört sein Vermögen eigentlich nur rechtlich ihm selbst. In der Tat dient es der gesamten Volkswirtschaft. Von seiner leitenden Rolle in der Produktion infolge seines Vermögens wird in diesem Zusammenhang nicht gesprochen. Die Episode Caruso soll an einem Beispiel veranschaulichen, daß dies nicht der Fall ist. Stellen wir uns vor, daß Caruso die 5 Millionen Dollars angenommen und diese Summe an seine Verwandten und Freunde verteilt oder vererbt hätte. Hundert Leute würden dann in die Lage kommen, lebenslang ein arbeitsloses Einkommen zu genießen. So mißbraucht der Kapitalist das Verfügungsrecht über sein Vermögen öfter als nach der oben erwähnten Theorie anzunehmen wäre.

Der gestern erschienene Artikel „Volkssparungen“ ist dem bereits angekündigten Buche des Genossen Friedrich Rind entnommen, das in Kürze unter dem Titel „Räteruhlands Rat“ im Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin, Fichtenau, erscheint.

## Tages-Notizen

In der Erbauung von Kollid Edschmid's „Kean“ in Dentlicher Theater am 18. August hat in den Hauptrollen teilgenommen: Albert Wasserfall, Karl Gracy (alleinstehend), Egon von Kumborg, Hans Scheller, Robert Wäcker, Erich Fahl, August Eichler, Rita Glanz, Sie Tiedemann. Regie führt Stefan Hartung.

Das 140jährige Jubiläum bezieht der Verlag Hoffmann und Campe, der im Jahre 1835 von H. S. Hoffmann gegründet wurde. 1870 erfolgte der Eintritt von Franz Kasch Campe, dessen Halbbruder Julius im Jahre 1883 den Verlag übernahm und zu deren Beibehaltung brachte, die er über ein Menschenalter hindurch geleitet hat; es ist nur an die Namen Boerne, Feine, Heibel erinnert. Das Jubiläum des 140jährigen Bestehens werden die Verlage eine Ausstellung aller und neuer Erscheinungen bei Edmund Wegert, Berlin, veranstalten.

# Nachklänge zum englischen Grubenstreik

London, 18. August.

In der Jahresversammlung der Gewerkschaft der englischen Bergarbeiter sprach der Präsident der Gewerkschaft, Herbert Smith, über den letzten Streik. Er wandte sich heftig gegen die radikalen Elemente. Die Forderung der Bergarbeiter, daß alle Gewinne gemeinsam sein sollten, sei ein Fehler gewesen, ebenso der Versuch, diejenigen Arbeiter zum Streik zu zwingen, die mit den für die Sicherheit der Bergwerke notwendigen Arbeiten betraut waren. Heute leiden die Bergarbeiter schwer unter der Arbeitslosigkeit, weil durch Unterlassen jener Arbeiten in den Bergwerken schwere Schäden angerichtet wurden. Man habe sich dadurch auch die Sympathie der Öffentlichkeit verschert, sogar die andern Mitglieder des industriellen Dreierbundes, die Transport- und Eisenbahnarbeiter hätten die Bergarbeiter ihrem Schicksal überlassen. Herbert Smith griff sodann die Abgeordneten der Bergarbeiter im Unterhaus an, die keinerlei Autorität besitzen, und doch immer bereit waren, die Aktion der Bergarbeiter zu kritisieren. Man müsse im Interesse aller dieser handeln, deren Los einem am Herzen liege, und nicht leere Formeln hinauszurufen, die nur dazu dienen, Schreden und Elend hervorzurufen. Auch der Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft, Hodges, tadelte die radikalen Elemente wegen ihrer Unnachgiebigkeit.

## Amerikas Hilfswert für Rußland

Washington, 18. August.

Die amerikanische Regierung erörtert gestern die Lage in Rußland und billigte die Pläne des Staatssekretärs Hoover bezüglich der Lebensmittelverteilung in Rußland. Das Kabinett beschloß, sich an jeder Aktion europäischer Mächte zur Unterstützung Rußlands zu beteiligen. Präsident Harding billigte den Standpunkt der amerikanischen Ernährungskommission in Riga, daß die Verteilung der Lebensmittel erfolgen soll, ohne daß die Sowjetregierung darauf irgendeinen Einfluß hat.

Die Industriekrise im Nördlich-Ostsee-Industriegebiet hält an. Die angekündigte Betriebseinstellung auf der Sofienhütte in Nördlich-Ostsee ist nunmehr erfolgt. Bei den Witkower Eisenwerken sind in der Vorwoche 1360 Arbeiter entlassen worden.

## Der Internationale Metallarbeiter-Kongress für den Völkerfrieden

In unserem ausführlichen Bericht vom 8. Internationalen Metallarbeiterkongress berichteten wir über die Stellungnahme zur Munitionsherstellung sowie zu den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain. Der Wortlaut der beiden einstimmig angenommenen Resolutionen ist:

I.

Die vom 8. Kongress des Internationalen Metallarbeiterbundes eingesetzte Kommission schlägt nach Prüfung des amerikanischen und italienischen Antrages folgende Resolution vor:

Der 9. Kongress des Internationalen Metallarbeiterbundes erinnert alle Organisationen und alle Metallarbeiter der dem Bunde angeschlossenen Länder an die durch den 8. Kongress des I. M. B. vom 23. August 1920 gefasste Resolution, die damals schon die Pflicht der Arbeiter im Kriegsfall präziserte, indem sie sagte:

„Wir anerkennen die Gemeinschaft der proletarischen Interessen und der solidarischen Aktion (Internationaler Gewerkschaftsbund).“

Der 8. Kongress des I. M. B. ladet alle Länder ein, ihre Solidarität gegenüber ihren Klassenbrüdern dadurch zu zeigen, indem sie die Fabrikation von Waffen, Munition und Kriegsmaterial irgendwelcher Art verweigern, indem sie die Bestellungen überwachen und die Eisenbahner und Transportarbeiter in ihrer Weigerung, Truppen, Waffen und Munition zu befördern, unterstützen.“

Der am 10. August 1921 in Luzern versammelte 9. Kongress bekräftigt diesen Teil der Kopenhagener Resolution und fordert außerdem die Metallarbeiter aller Länder auf, in enger Verbindung mit der gesamten Arbeiterklasse den Kampf gegen den Militarismus und Kapitalismus fortzusetzen, so daß die in der Munition- und Kriegsmaterialherstellung bisher tätigen Arbeiter in der Friedensproduktion, welche der Zivilisation und dem materiellen Wohl der Arbeiter dient, Beschäftigung finden.

Aus diesem Grunde verpflichtet der Kongress alle angeschlossenen Sektionen, die Propaganda zu steuern, damit man dazu gelangt, die Kriegsfabrikation kufenweise durch die Friedensproduktion zu ersetzen.

Der Kongress beschließt und beauftragt das Sekretariat des I. M. B., eine Statistik einzuleiten, um festzustellen:

„Die wirkliche Arbeiterzahl jeder Nation, die mit der Herstellung von Waffen, Munition und jeglichem Kriegsgerät beschäftigt ist.“

Der 9. Kongress verpflichtet jede Nation, dem Sekretariat des I. M. B. diese Auskunft zu erteilen, indem gleichzeitig genau angegeben wird, wieviel Arbeiter in der Fabrikation von Munition, Gewehren, Geschützen, Flugzeugen, Kriegsschiffen usw. beschäftigt werden, und das Kräfteverhältnis ihrer Organisation.

Ferner erinnert der 9. Kongress daran, daß die Kopenhagener Resolution „die Metallarbeiter der ganzen Welt auffordert, jedem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegen den Krieg Folge zu leisten.“

Der Kongress bekräftigt neuerdings diese Resolution, in der Ueberzeugung, daß nur die Geschlossenheit und Entschlossenheit des Proletariats eine Wiederkehr des Krieges verhindern kann.

II.

Der IX. Internationale Metallarbeiter-Kongress lenkt erneut die Aufmerksamkeit der Metallarbeiter aller Länder auf die im August v. J. in Kopenhagen gefassten Beschlüsse. Die dort angenommene Resolution verurteilt den Krieg, verurteilt jede Beschäftigung, wie jede Vergewaltigung der Neutralität oder Unabhängigkeit eines Landes, und weist jede offene oder versteckte Intervention der Regierung eines Staates in das Recht anderer Völker zurück.

Der bereits in Kopenhagen als ungerichtet bezeichnete imperialistische Frieden von Versailles und St. Germain erfährt inzwischen keine Auswirkung in der Behebung weiterer deutscher Städte, schwerer Reparaturbedingungen, neuer Zollgrenzen und anderer wirtschaftlicher Erschwerungen, dem gewaltsam behinderten, nach Grundgesetzen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker angeführten Ansturm der deutschstämmigen an die deutsche Bevölkerung, u. a.

Die Vernichtung des Wirtschaftslebens durch den Krieg, der alle, wichtige Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und Einrichtungen zerstört, wirkt aufs schwerste nach, und alle künstlich erzwungenen Mittel zur Wiederaufrichtung verlagerten. Die Völker sind gegenwärtig von einer schweren Krise getroffen, die eine unmittelbare Wirkung durch die zwangsläufig wiederanzuerkennende und durch Gewaltmaßnahmen geschützte kapitalistische Wirtschaft erhält, und den Arbeitern zeigt, daß nur der revolutionäre, vom Klassenbewußtsein getragene Klassenkampf ihre Befreiung in der Verwirklichung des Sozialismus zeitigen kann.

Der IX. Internationale Metallarbeiter-Kongress bekräftigt die in bezug auf die Friedensverträge und kriegerischen Handlungen am 17. 3. 1921 vom Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes gefassten Beschlüsse.

Der Kongress fordert alle dem I. M. B. angeschlossenen Organisationen auf, mit allen Kräften und in enger Gemeinschaft mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam im Sinne des vorstehenden Beschlusses zu wirken, und beschließt, die Resolution der Amsterdamer Internationale weiterzuleiten.



